




Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung

STADT  KASSEL  
documenta-Stadt

Rathaus  
34112 Kassel  
Telefon 0561 787 1294  
Telefax 0561 787 2104  
E-Mail [info@gruene-kassel.de](mailto:info@gruene-kassel.de)

Vorlage Nr. 101.16.866

Kassel, 11.03.2008

## **Armutsfeste Grundsicherung für Kinder und Jugendliche**

### **Antrag**

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel spricht sich für eine eigenständige, armutsfeste Grundsicherung für Kinder und Jugendliche aus.

Als einen Schritt in diese Richtung soll eine Änderung von § 11 Absatz 1 Zweites Buch Sozialgesetzbuch dahingehend gefordert werden, dass das Kindergeld für Kinder bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes II nicht als Einkommen angerechnet wird.

Denn das Kindergeld soll zweckgebunden dazu dienen, dass dem Kind Bildung, Erziehung und Teilhabe ermöglicht werden. Der Magistrat der Stadt Kassel wird aufgefordert, sich in diesem Sinne beim Deutschen Städtetag einzusetzen, und eine entsprechende Initiative auf den Weg zu bringen.

### **Begründung:**

Durch die Berücksichtigung des Kindergeldes bei der ALG II-Berechnung kommt es dazu, dass das Kindergeld dazu dient, den Unterhalt der Mutter, des Vaters oder der Bedarfsgemeinschaft zu sichern. Mittel die dem Kind zufließen sollen, müssen auch dem Kind zu Gute kommen.

In den letzten Jahren hat die Armut von Kindern in Deutschland stark zugenommen. Waren 1999 nur etwa 12 Prozent der Bevölkerung arm, hat sich dieser Anteil im Jahre 2005 auf mehr als 17 Prozent erhöht. Dabei ist die Kinderarmutsrate überproportional gestiegen.

In Kassel lebten im Dezember 2007 (laut AfK Geschäftsbericht) in 14.058 Bedarfsgemeinschaften insgesamt 8.752 Kinder – im Juni waren es noch 7.748 Kinder.

Das bedeutet: Tendenz steigend. Diese Kinder erhalten einen Regelsatz, der unter dem Niveau der alten Sozialhilfe liegt und es ihnen nicht erlaubt, unter angemessenen soziokulturellen Bedingungen aufzuwachsen. Als strategischer Partner bei der Durchsetzung kommunaler Belange gegenüber der Bundesregierung soll mit diesem Antrag der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel der Deutsche Städtetag gewonnen werden.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Lipschik

gez. Karin Müller  
Fraktionsvorsitzende